



## >> NEWSLETTER AUS MADRID

### >> *Cavaco Silvas politisches Comeback*



Portugal hat am 22. Januar einen neuen Präsidenten gewählt: Aníbal Cavaco Silva. Mit 50,6 Prozent gewann der Wirtschaftsprofessor bereits im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit. Von den fünf weiteren Kandidaten – allesamt aus dem linken Lager – erzielte der populäre sozialistische Dichter Manuel Alegre mit 20,7 Prozent das zweitbeste Ergebnis. Der ehemalige Staatspräsident Mário Soares, offizieller Kandidat der Sozialistischen Partei (PS), kam mit 14,3 Prozent als Dritter an. Die Wahlbeteiligung war mit 62,6 Prozent relativ hoch. Noch am Wahlabend versicherte Cavaco Silva, der am 9. März als erster Staatspräsident Portugals aus dem bürgerlichen Lager seit der Nelkenrevolution von 1974 vereidigt wird, er fühle sich der Entwicklung seines Landes verpflichtet. Damit spielte er auf Kritik aus den sozialistischen Reihen an, die im Vorfeld der Wahl vor einer möglichen „Kohabitation“ gewarnt hatten. Mit einem Sieg des Konservativen Cavaco Silva würde die sozialistische Regierung unter Ministerpräsident José Sócrates zum Scheitern verurteilt werden. Cavaco Silva betonte, er wolle und

werde mit der Regierung, die im Parlament über eine absolute Mehrheit verfügt, zusammenarbeiten. „Mein Sieg bedeutet für keinen eine Niederlage, ich bin ein Mann des Konsens und Dialogs“, stellte Cavaco Silva klar und wies damit jegliche Spekulationen über eine Auflösung des Parlaments zurück. Stattdessen rief er alle politischen Kräfte auf, die wirtschafts- und finanzpolitische Krise des Landes gemeinsam zu überwinden. „Es ist Zeit, dass wir uns an die Arbeit machen“, sagte Cavaco Silva, denn „die Aufgaben, die uns erwarten, sind nicht gering“. Bereits während des Wahlkampfes hatte der konservative Politiker erklärt, er fühle sich nicht als „Kandidat seiner Partei“, sondern eher als Unabhängiger.

Der Wahlsieg Cavaco Silvas kam nicht überraschend. Noch vor Be-



kanntgabe seiner Kandidatur galt Cavaco Silva bereits inoffiziell als Favorit. Mit dem

ehemaligen Ministerpräsidenten, der zwischen 1985 und 1995 das Land regierte, verbinden die Portugiesen eine lang anhaltende Phase wirtschaftlichen Wachstums und politischer Stabilität. Er gilt allgemein als vertrauenswürdig und

kompetent.

Die Sozialisten hingegen hatten von vornherein Schwierigkeiten bei der Suche nach einem geeigneten Kandidaten. So schickte die PS mangels Alternativen den 81-jährigen ehemaligen Staatspräsidenten Mário Soares, der als Vater der portugiesischen Demokratie gilt, offiziell ins Rennen. Seine Aufstellung provozierte jedoch die Gegenkandidatur des renommierten Dichters Manuel Alegre, der selbst der PS angehört. Dies führte zu einer innerparteilichen Spaltung. Die Anhänger Alegres warfen Sócrates vor, er habe mit der Kandidatur von Soares die Niederlage der Sozialisten bereits vor der Wahl eingestanden. So war der Wahlkampf eher ein Streit der sozialistischen Kandidaten untereinander als ein politischer Richtungsstreit.

Der Sieg Cavaco Silvas ist nicht nur ein persönlicher Erfolg des 66-Jährigen. Auch seine Sozialdemokratische Partei PSD kann daraus neue Hoffnung für einen Aufwärtstrend schöpfen. Nach der verheerenden Niederlage bei der vorgezogenen Parlamentswahl vor genau einem Jahr, bei der die Sozialisten mit absoluter Mehrheit die bis dahin regierende PSD in die Opposition verwies, litt die konservativ-liberale Partei an Führungsstreitigkeiten. Der neuen Parteiführung mangelte es an Durchsetzungsfähigkeit gegenüber den Anhängern des populistischen Pedro Santana Lopes, der nicht in der Lage war, seine Niederlage anzuerkennen. Darüber hinaus fehlte es der Partei an einer Oppositionsstrategie. Auftrieb er-

hielt sie erst durch die harschen Reformbestrebungen der Regierung, die unmittelbar zu einer Schwächung der PS führte. Angesichts des hohen Haushaltsdefizits in Portugal (rund 6,5%) hatte Ministerpräsident Sócrates harte Kürzungsmaßnahmen insbesondere beim Öffentlichen Dienst eingeführt und sich damit den Unmut eines großen Bevölkerungsteils zugezogen. Hiervon profitierte die PSD unmittelbar bei den Kommunalwahlen im Oktober 2005. Mit der Wahl Cavaco Silvas gewinnt die Partei mehr Selbstvertrauen. Gleichzeitig – und darauf muss sich die Partei noch einstellen – übernimmt sie als Partei einer Kohabitation eine neue politische Verantwortung im Land. Die Portugiesen haben es den Deutschen in gewisser Weise nachgemacht: mit der Kohabitation haben sie dafür gesorgt, dass die Konservativen über ihren Präsidenten mitregieren.

## >> **PSOE und CiU einigen sich auf Autonomie-reform**

Anfang vergangener Woche überraschte die Madrider Zentralregierung ganz Spanien mit einem Coup besonderer Art. Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero verkündete, man habe sich nach sechsstündigen Verhandlungen in der Moncloa, dem Regierungssitz von Zapatero, mit der liberal-konservativen CiU unter Artur Mas auf einen gemein-



samen Text für die neuen Autonomiestatuten Kataloniens geeinigt. Der Entwurf, der vom katalanischen Parlament mit den Stimmen der linksnationalistischen Regierung und der oppositionellen CiU angenommen und anschließend zur Beratung nach Madrid weitergeleitet worden war, hatte in den vergangenen Monaten heftige Diskussionen über nationale Einheit ausgelöst und die spanische Gesellschaft auch über die Parteien hinweg politisch polarisiert. Die Volkspartei und selbst Teile der Sozialistischen Partei PSOE lehnten das Vertragswerk aus Barcelona als verfassungswidrig ab. Im Mittelpunkt der Kritik stand die Bezeichnung „Nation“ für Katalonien sowie die Steuer- und Finanzhoheit Kataloniens.

In dem zwischen PSOE und CiU vereinbarten Kompromiss findet die Bezeichnung Kataloniens als „Nation“ nur noch Eingang in der Präambel der Autonomiestatuten, so dass nach Interpretation der Zentralregierung die Bezeichnung nur noch „symbolischen“ Charakter besitzt. Darüber hinaus soll Katalonien 50 Prozent der Einnahmen aus der Einkommenssteuer, der Mehrwertsteuer und 58 Prozent aus der Benzin-, Tabak- und Alkoholsteuer für sich behalten können.

CiU-Chef Mas, der sich mit diesem Kompromiss einen Stimmenzuwachs für seine Partei auf Kosten der linksnationalistischen ERC erhofft, sprach von einem guten Tag für Katalonien. Die Regierung in Madrid habe mit dem Kompromiss de facto anerkannt, dass Katalo-

nien eine Nation ist. Nicht alles sei erreicht worden, doch stelle die Neufassung der Statuten einen „großen Schritt“ nach vorn dar. Das Ziel bleibe jedoch weiterhin der Entwurf, der am 30. September 2005 in Barcelona verabschiedet worden sei. Schritt für Schritt wolle die CiU in den kommenden Jahren daran arbeiten, den Entwurf von 2005 umzusetzen. Während die katalanischen Kommunisten ICV, Partner in der Dreierkoalition in Barcelona, dem Kompromiss zustimmten, kündigten die Linksnationalisten ihren Widerstand



an. ERC-Chef Josep Lluís Carod Rovira, der nicht am Kompromiss beteiligt wurde, bezeichnete diesen als „inakzeptabel“. Seine Partei werde keinem Vertrag zustimmen, der nicht vom katalanischen Parlament verabschiedet wurde. Carod Rovira warf Zapatero „Vertragsbruch“ vor; er habe sich nicht an die Abmachung, die Selbstverwaltung Kataloniens zu unterstützen, gehalten. Er sehe daher keine Verpflichtung mehr, die Stabilität der Minderheitsregierung in Madrid zu garantieren. Die Bemühungen, ein „pluralistisches“ Spanien zu schaffen, seien damit gescheitert, stellte Carod Rovira enttäuscht fest. Seine Partei werde aber nicht die Dreierkoalition in Barcelona verlassen. Zwar sei das Verhältnis zu den Sozialisten gestört, doch respektiere die ERC den Wählerwillen nach einer vollen Legislaturperiode.

In einer ersten Reaktion begrüßte der katalanische Ableger der Volks-

partei den Kompromiss. Dieser komme den Vorstellungen der PP recht nahe, sagte Kataloniens PP-Chef Josep Piqué. Die nationale Volkspartei wurde nicht nur vom Kompromiss, sondern auch von der Reaktion Piqués völlig überrascht. Zu keinem Zeitpunkt hatten die Konservativen einen Kompromiss erwartet, zumal die ERC ihre kompromisslose Haltung immer wieder deutlich gemacht hatte. Herbe Kritik aus den eigenen Reihen stürmte auf Piqué ein und langjährige Parteifreunde forderten seinen sofortigen Rücktritt. In einer Krisensitzung stütze die PP-Parteiführung ihren katalanischen Vorsitzenden zurecht und erteilte ihm eine Abmahnung. Piqué bleibt einstweilen im Amt, aber der Vorfall hat die innere Krise der Partei mit Blick auf ihre Oppositionsarbeit offenbart. Angesichts des für Anfang März angekündigten Sonderparteitages zur Festlegung der weiteren Oppositionspolitik der PP kam dieser Vorfall PP-Parteichef Mariano Rajoy sehr ungelegen, zumal er dort seine Führungsstärke unter Beweis stellen wollte.

Um die Oberhand zurück zu gewinnen, kündigte Rajoy eine Kampagne gegen das neue Autonomiestatut an. Mit allen Mitteln und der Mobilisierung der Öffentlichkeit wolle seine Partei die Verabschiedung des neuen Vertragstextes für Katalonien verhindern, denn dieser sei „unsolidarisch und diskriminierend“. Das neue Autonomiestatut gehe auf Kosten der ärmeren Regionen in Spanien und mache diejenigen, die nicht Katalan sprächen,

zu Aussätzigen. Deswegen werde die PP im Parlament eine Initiative starten, um ein Referendum auf nationaler Ebene durchführen zu können. Dafür werde die Volkspartei Millionen von Unterschriften sammeln. Alle Spanier, so Rajoy, hätten ein Recht auf ihre Meinung. Der Kompromiss sei lediglich von zwei Personen, Zapatero und Mas, ausgehandelt worden, doch betreffe das Vertragswerk alle Spanier. Höhnisch reagierte die PSOE auf die Ankündigung Rajoy's. Die „tolle Idee“ der PP sei „konstitutioneller Schwachsinn“, betonte PSOE-Sprecher Alfredo Pérez Rubalcaba, denn sie verfolge nur ein Ziel: Aufhetzung und Konfrontation innerhalb der spanischen Gesellschaft. Auch Justizminister Juan Fernando López Aguilar kritisierte das Anliegen der PP. Deren Vorstellung eines nationalen Referendums sei nach der spanischen Verfassung (Art. 92) nicht machbar.

## >> **PP überholt Sozialisten in den Umfragen**

Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes *Metroscopia* im Auftrag der konservativen Tageszeitung ABC hat die spanische Volkspartei (PP) nach rund zwei

Jahren in der Opposition erstmals wieder einen leichten Vorsprung bei den Wählerinnen und Wähler ergattert. Damit setzte die PP ihre im Herbst begonnene Aufholjagd fort. Grund für das gute Abschneiden der PP ist der Umfrage nach jedoch weniger eine ü-



berzeugende Oppositionspolitik der PP, sondern die generelle Unzufriedenheit mit der Regierung zur Halbzeit der Legislaturperiode. Konkret wird die Handhabung der Reform des katalanischen Autonomiestatuts durch die Zentralregierung genannt. Darüber hinaus ermittelte *Metroscopia* eine niedrigere Wahlbeteiligung als 2004, die sich „technisch“ zugunsten der PP auswirkt.

Seit Herbst 2005 ist die allmähliche Talfahrt der sozialistischen Regierungspartei PSOE in den Umfragen sichtbar. Nachdem sich die beiden großen Volksparteien erstmals in der September-Umfrage angenähert hatten (PSOE 41,6%; PP 38,2%), interpretierten die Konservativen die Umfrageergebnisse als die lang ersehnte Trendwende. Nach der neuesten Prognose bricht die PP knapp die 40-Prozent-Marke und überholt die PSOE um ein Prozent (39,3%). Damit erzielt die PSOE das schlechteste Ergebnis eine Regierungspartei zur Halbzeit der Legislaturperiode. Nur 73 Prozent der Befragten gaben an, sich an der Wahl zu beteiligen; das sind 2,7 Prozent weniger als bei den letzten Parlamentswahlen vor zwei Jahren. Der Rückgang der Wahlbeteiligung hat insofern eine Bedeutung, als dass bei den Wahlen im Jahr 2004 die PSOE in den drei Tagen zwischen den Madrider Terroranschlägen und der Wahl rund 2,5 Prozent zusätzliche Stimmen für sich mobilisieren konnte. Dieses Wählerpotential geht der Umfrage zufolge den Sozialisten nun verloren. Die PP könnte somit einen Vorsprung

von 10 bis 15 Sitzen im Parlament vor den Sozialisten verzeichnen.

In ihrer Analyse warnt *Metroscopia* jedoch vor einer Euphorie in der PP. Zwar verdeutliche die Umfrage die Ernüchterung und Enttäuschung nach zwei Jahren sozialistischer Regierungspolitik, doch verdanke die PP ihre guten Werte vor allem der prognostizierten geringeren Wahlbeteiligung. Wählerwanderungen seien kaum zu verzeichnen. Die Umfrageergebnisse deutet *Metroscopia* deshalb als „technische Korrektur“ und nicht als Erfolg der Volkspartei. Noch habe die PP das Vertrauen der Wähler nicht wieder gewonnen. Sie habe zwar eine feste und treue Wählerschaft, auf die sie sich verlassen könne, aber die potentiellen Wechselwähler seien bislang nicht bereit, der konservativen Opposition ihre Stimme zu geben. Stattdessen wachse das Lager der Nichtwähler.

## >> Zapatero ruft Hamas zum Gewaltverzicht auf

Nach dem Sieg der radikal-palästinensischen Hamas bei den Parlamentswahlen rief die spanische Regierung die Hamas dazu auf, den Friedensprozess gewaltfrei fortzusetzen und das Existenzrecht Israels anzuerkennen. Spanien respektiere den freien und demokratischen Willen und hoffe, dass die neue Regierung ihre „historische Verantwortung“ wahrnehme. Ministerpräsident Zapatero beglückwünschte das palästinensische Volk zu „demokratischer Ruhe und poli-

tischer Reife“. Der außenpolitische Sprecher der PP, Gustavo de Arístegui, bezeichnete den Hamas-Sieg als „schlechte Nachrichten“ für den Nahost-Friedensprozess. Hamas, so Arístegui, stünde zu Recht auf der Terroristenliste der EU, denn sie rufe weiterhin zur Zerstörung Israels auf. Die regierende Fatah habe allerdings zahlreiche Fehler begangen und damit den Hamas-Sieg ermöglicht. So sei Korruption innerhalb der palästinensischen Führung an der Tagesordnung. Auch sei die Jugend dort verzweifelt, weil sie keine Aussicht auf wirtschaftliche und soziale Änderung gesehen hätte. Arístegui betonte jedoch, es gäbe noch ein „Fenster der Hoffnung“, denn die junge Generation wolle weder die gesellschaftlichen Radikalvorstellungen der Hamas übernehmen noch den „totalen Krieg“ mit Israel führen.

## >> **Spanien verzeichnet erneut Bevölkerungsanstieg**

Im vergangenen Jahr ist nach Angaben des Nationalen Statistikamtes Spaniens (INE) die Bevölkerung um 900.000 auf rund 44 Mio. gewachsen, davon 3,7 Mio. Ausländer, was einer Quote von 8,5 Prozent entspricht. Der Anstieg des Ausländeranteils hängt wesentlich mit dem Legalisierungsverfahren der Zapatero-Regierung zusammen, wodurch viele illegale Einwanderer statistisch erfasst wur-

den. Der Bevölkerungsanstieg ist daher auch in diesem Jahr den Zuwanderern zu verdanken, die auch über höhere Geburtenraten verfügen als der spanische Bevölkerungsanteil. Nach inoffiziellen Angaben soll der Ausländeranteil aufgrund illegaler Einwanderung wesentlich höher liegen. So wurden u.a. zahlreiche illegale Einwanderer, die 2005 die Grenzbefestigungen von Ceuta und Melilla überwunden haben, auf das spanische Festland abgeschoben, wo sie schließlich untertauchten.

Der größte Ausländeranteil befindet sich mit 16 Prozent auf den Balearen, gefolgt von Madrid mit 13, Valencia und Murcia mit 12 sowie Katalonien und den Kanarischen Inseln mit jeweils 11 Prozent. Marokkaner stellen den stärksten Ausländeranteil in Spanien (510.000); die zweitstärkste Gruppe stammt aus Ecuador (500.000). Über 320.000 Rumänen und 270.000 Kolumbianer haben Spanien zu ihrer Wahlheimat gemacht.

### Impressum:

Konrad Adenauer Stiftung e. V.  
Außenstelle Madrid

Inhaltlich Verantwortlich:

Michael Däumer

Zusammengestellt:

Stefan Reith

Design: Normann Kreuter

Neue Postanschrift:

Plaza de Castilla, 3, 16-D 2

28046 Madrid, Spanien

Tel: (+34) 91 579 61 86

Fax: (+34) 91 571 86 12

Email: [Hkasmad@gmx.net](mailto:Hkasmad@gmx.net)H

Web: [Hwww.kas.de/espana](http://www.kas.de/espana)H